

# DGAPanalyse

Frankreich

Forschungsinstitut der  
Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik

April 2010 N° 3  
ISSN 1865-701X

## Das Ende einer »exception française«

Die politischen Umweltschützer in  
Frankreich gehen mit der Zeit

von Daniel Boy



Deutsche Gesellschaft  
für Auswärtige Politik e.V.

Die DGAPanalysen Frankreich erscheinen  
im Rahmen des Deutsch-französischen Zukunftsdialogs  
mit freundlicher Unterstützung der

Robert Bosch **Stiftung**

Herausgeber und Redaktion:  
Claire Demesmay und Katrin Sold

Kontakt: Claire Demesmay <[demesmay@dgap.org](mailto:demesmay@dgap.org)>

**Herausgeber:**

Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V. | Rauchstraße 17/18 | 10787 Berlin  
Tel.: +49 (0)30 25 42 31-0 | Fax: +49 (0)30 25 42 31-16 | [info@dgap.org](mailto:info@dgap.org) | [www.dgap.org](http://www.dgap.org) | [www.aussenpolitik.net](http://www.aussenpolitik.net)  
© 2010 DGAP

Die DGAP trägt mit wissenschaftlichen Untersuchungen und Veröffentlichungen zur Bewertung internationaler Entwicklungen und zur Diskussion hierüber bei. Die in den Veröffentlichungen geäußerten Meinungen sind die der Autoren.

## Zusammenfassung / Summary

Daniel Boy

### Das Ende einer »exception française«: Die politischen Umweltschützer in Frankreich gehen mit der Zeit

- Das wachsende Gewicht der grünen Partei in Frankreich ist auf eine Sensibilisierung der Bevölkerung für Themen der politischen Ökologie zurückzuführen und hat eine Vorgeschichte, die weit vor dem Gründungsparteitag der Grünen 1984 beginnt.
- Umfassende gesellschaftliche Diskurse über Umweltthemen, die Übernahme umweltpolitischer Forderungen in die Programme der meisten Parteien und das Erstarren von Umweltverbänden stellen heute das Monopol der Grünen auf Ökologiethemen in Frage.
- Dem drohenden Profilverlust begegnet die grüne Bewegung 2009 mit der Gründung des Wahlbündnisses »Europe Écologie«, worin sich die Grünen zur Abkehr von zahlreichen parteiinternen Prinzipien gezwungen sehen.
- Dank der Integration von Umweltverbänden und einer Öffnung gegenüber der Privatwirtschaft sowie dank einer Schwäche der Sozialistischen Partei konnte »Europe Écologie« bei den Europa- und Regionalwahlen 2009 und 2010 deutliche Erfolge erzielen. Erst bei den Parlamentswahlen 2012 wird sich das Potenzial der neuen Gruppierung endgültig offenbaren.

### The end of an “exception française:” Political ecologists in France keep up with the times

- The growing importance of the Green Party in France is due to an increase in public awareness of ecological issues, but its history began long before the founding of the Green Party in 1984.
- Broad social debates on environmental issues, the incorporation of environmental considerations in the most parties' programs, and the strengthening of environmental organizations challenge the Green's monopoly on ecological issues.
- In order to prevent an imminent loss of support, the green movement founded “Europe Écologie” in 2009, an electoral alliance for which the Green Party was forced to abandon many of their party's principles.
- Thanks to the integration of environmental groups, an openness to industry and the private sector, and the weakness of the Socialist Party, “Europe Écologie” was in a position to achieve success in the European and regional elections in 2009 and 2010. However, the potential of this new group will be apparent only after parliamentary elections in 2012.

## Inhalt

Von den Anfängen der Partei bis zur Regierungsverantwortung .....	5
2007: Ein Neuanfang für die politische Ökologie? .....	8
Bewährungsprobe 2012.....	11
Anmerkungen.....	12

# Das Ende einer »exception française«

## Die politischen Umweltschützer in Frankreich gehen mit der Zeit

von Daniel Boy

Lange Zeit haben Medien und Politologen auf einer »exception française« bei dem Thema politische Ökologie beharrt. Die Partei der Grünen hatte über viele Jahre hinweg nur geringen Einfluss in der französischen Politiklandschaft, zeigte sich oft im Inneren gespalten und bei Wahlen nur selten erfolgreich. Vom Gewicht ihrer europäischen Partner, vor allem der deutschen Grünen, schien sie weit entfernt zu sein.

Die jüngere politische Geschichte jedoch zwingt zu einer Revision dieses Urteils. Sicherlich zählt die Partei der französischen Grünen nach wie vor proportional weniger Mitglieder als andere grüne Gruppierungen in Europa. Auch ihre Arbeitsweise bleibt komplex und konfliktträchtig. Doch stellen die Grünen heute auf der politischen Bühne Frankreichs eine Kraft dar, mit der die übrigen Parteien rechnen müssen. Bei den Europa-Wahlen 2009 und bei den Regionalwahlen im Frühjahr 2010 wurden die Grünen nach Zahl der abgegebenen Stimmen in Frankreich drittstärkste Kraft nach der Regierungspartei UMP und der Sozialistischen Partei (PS).

Allerdings erschweren die Besonderheiten des französischen institutionellen Systems den Grünen den Zugang zu landesweiter Regierungsverantwortung: Bei Präsidentschaftswahlen hat die Kandidatur der Grünen lediglich symbolischen Wert, und bei Parlamentswahlen sind ihre Wahlchancen eng an entsprechende Abkommen mit der Sozialistischen Partei, ihrem bevorzugten Partner, gebunden.

Innerhalb dieser Grenzen jedoch haben die französischen Grünen gegenwärtig ein Entwicklungsstadium erreicht, das sie künftig stärker in den Mittelpunkt des politischen Geschehens rücken wird. Dies ist nicht zuletzt darauf zurück zu führen, dass in den vergangenen Jahren das Interesse für Umweltthemen und deren Akzeptanz in der französischen Bevölkerung beträchtlich gestiegen sind.

### Von den Anfängen der Partei bis zur Regierungsverantwortung

Die französischen Grünen organisierten sich etwa zeitgleich mit den anderen grünen Bewegungen Europas Mitte der achtziger Jahre erstmals als politische Partei. Der Gründungsparteitag mit einer Vereinigung zweier bereits bestehender ökologisch orientierter Organisationen fand 1984 in Clichy statt. Aufmerksamkeit in der politischen Landschaft Frankreichs hatten die Umweltschützer jedoch schon wesentlich früher auf sich gezogen. In Vorbereitung der Präsidentschaftswahlen des Jahres 1974 beschlossen Umweltaktivisten, die mehrheitlich dem Netzwerk Amis de la Terre angehörten, einen eigenen Kandidaten als Vertreter der politischen Ökologie ins Rennen zu schicken. Sie entschieden sich für den Agraringenieur René Dumont, der für seine pazifistischen Positionen bekannt war und sich in seinen Schriften für eine umweltfreundliche Landwirtschaft in den Entwicklungsländern einsetzte. Die Fernsehauftritte dieses Pioniers der politischen Ökologie in Frankreich während der Wahlkampagne des Jahres 1974 lenkten zum ersten Mal die Aufmerksamkeit des französischen Publikums auf Umweltthemen.

Zwar war der Erfolg von René Dumont bei den Wahlen gering (1,3 Prozent der abgegebenen Stimmen), doch die Umweltaktivisten machten im Wahlkampf zum ersten Mal die Erfahrung, dass Wahlen ein geeignetes Terrain bieten, um ihre politischen Ideen zu propagieren. In der Folge präsentierten sie in den siebziger Jahren, noch bevor sie offiziell als Partei existierten, bei nahezu allen französischen Wahlen auf nationaler, kommunaler oder europäischer Ebene eigene Kandidaten. Die Ergebnisse dieser ersten Schritte auf dem Wahlparkett waren meist bescheiden. So errangen sie bei den Parlamentswahlen des Jahres 1978 4,5 Prozent der Stimmen in den Wahlkreisen, in denen sie sich zur Wahl gestellt hatten. In anderen Fällen aber konnten sie frühe Erfolge verzeichnen, wie beispielsweise bei

den Kommunalwahlen 1977 in Paris, bei denen die Grünen 11 Prozent der Stimmen erhielten.

Diese erste Zeit war geprägt von starken internen Spannungen, deren Spuren auch heute noch in der französischen Umweltbewegung erkennbar sind. Die Anhänger schienen zwar geschlossen die Aufstellung von Kandidaten zu unterstützen, um so dem Thema der politischen Ökologie ein größeres Gewicht zu verleihen. In der Frage nach der Notwendigkeit, die politische Aktion im Vorfeld von Wahlen in die Form einer festen Parteienstruktur zu fassen, waren sie jedoch tief gespalten. Viele sahen die Organisationsform einer Partei mit mehr Nach- als Vorteilen verbunden, darunter mit dem Verlust der Kontrolle über die Mitgliederbasis oder der Gefahr einer Bürokratisierung der Bewegung. Befürworter einer Parteienstruktur führten dagegen an, dass eine dauerhafte Organisation die geringe Effizienz der jeweils vor den Wahlen gegründeten und nach den Wahlen wieder aufgelösten »Wahlkomitees« verbessern würde. Die umfassende Diskussion über »die andere Art, Politik zu machen,« und die Auseinandersetzungen um Grundsatzfragen prägten den Gründungsprozess der französischen Grünen nachhaltig und führten zu einer ersten Spaltung innerhalb der Bewegung.

Nach der Bildung eines Regierungsbündnisses mehrerer Parteien des linken Spektrums<sup>1</sup> im Ergebnis der Präsidentschafts- und Parlamentswahlen des Jahres 1981 verschlechterten sich die Wahlergebnisse der französischen Grünen in der ersten Hälfte der achtziger Jahre. Ein Teil der Grünen-Wähler wandte sich ab und setzte seine Hoffnung auf die nunmehr in der Regierungsverantwortung stehenden linken Kräfte und auf ihr Versprechen, »das Leben zu verändern«. Die neue Linksregierung konzentrierte sich auf die Bewältigung der Wirtschaftskrise in Frankreich, die Anfang der achtziger Jahre zu einem deutlichen Anstieg der Arbeitslosigkeit geführt hatte. Dabei setzte die Koalition in erster Linie auf die Ankurbelung des Konsums und betrieb eine gezielte Industriepolitik. Das Anliegen einer politischen Ökologie trat für einige Zeit in den Hintergrund, die Partei der Grünen verlor an Einfluss: Im Jahr 1986 errang sie bei den Parlamentswahlen lediglich 1,3 Prozent der Stimmen. In der Folge traten einige Parteimitglieder offen für

ein Bündnis mit der Sozialistischen Partei ein. Auf der Hauptversammlung der Partei im gleichen Jahr setzte sich bei der Mitgliederabstimmung allerdings eine neue Fraktion mit ihrer Forderung nach einer klareren Abgrenzung der Partei und der Ablehnung jeglicher Regierungsbeteiligung durch, und Antoine Waechter, ein Umweltaktivist aus dem Elsass, etablierte sich für einige Jahre als führende Persönlichkeit der Grünen. Er stand für eine politische Linie, die sich zusammenfassend als »weder rechts noch links« kennzeichnen lässt. Seither wird bei den französischen Grünen immer wieder die Frage nach möglichen Bündnissen und Regierungsbeteiligungen gestellt, und die Uneinigkeit in diesem Punkt prägt bis heute die grüne Partei Frankreichs.

Eine dritte Trennlinie innerhalb der Partei, wenn auch weniger deutlich als die beiden ersten, offenbarte sich alsbald: Ehemaligen Umweltaktivisten, die den Aspekt des Naturschutzes verstärkt in den Vordergrund rückten, standen Mitglieder gegenüber, die aus dem linken Parteienspektrum oder aus den neuen sozialen Bewegungen zu den Grünen gestoßen waren. Dies führte zu einer anhaltenden Debatte über die Festlegung der politischen Prioritäten. Welches Thema sollte die Spitze des Forderungskatalogs einnehmen: die Forderung nach neuen Arbeitszeitmodellen, wie von der »Parteilinken« gefordert, oder der Naturschutz, wie es die Umweltschützer um Antoine Waechter anmahnten? Von 1986 bis 1993 lieferten sich die beiden Flügel der politischen Ökologiebewegung Frankreichs regelmäßig einen wahren »Antragskrieg«, in dem sich Verfechter einer zügigen Regierungsbeteiligung im Rahmen eines Linksbündnisses und die Anhänger einer – im Sinne des Slogans »weder rechts noch links« – ideologiefreien Ökologie gegenüberstanden.

Bei den Europa-Wahlen 1989 errangen die Grünen mit einem Ergebnis von 10,7 Prozent der Stimmen ihren ersten großen Wahlerfolg und schickten ihre Abgeordneten ins Europa-Parlament. Gleichzeitig tauchte auf der politischen Arena und im Wahlkampf eine neue politische Gruppierung auf, die sich zur politischen Ökologie bekannte. Brice Lalonde, der die Amis de la Terre geleitet, jedoch in der Partei der französischen Grünen niemals richtig Fuß gefasst hatte, gründete die Génération Éco-

logie, deren Nähe zur Sozialistischen Partei kein Geheimnis war.<sup>2</sup> Diese neue Partei gab sich weniger sektiererisch als die Partei der Grünen, sie war pragmatischer, zeigte sich gegenüber der Industrie offener und zog damit einen beträchtlichen Teil der grünen Wähler an. Bei den Regionalwahlen 1992 und bei den Parlamentswahlen 1993 lag *Génération Écologie* mit den Grünen etwa gleichauf. Die Wahlniederlage der Linken bei den Parlamentswahlen 1993 führte jedoch zu einer Krise innerhalb der Grünen und der *Génération Écologie*. Hinzu kam, dass die sich fast ausschließlich auf die Autorität Brice Lalondes stützende *Génération Écologie* durch interne Auseinandersetzungen geschwächt war und nach den Präsidentschaftswahlen von 1995 praktisch bedeutungslos wurde.

Nach diesen Wahlen, bei denen Dominique Voynet, die neue Kandidatin der Grünen, lediglich 3,35 Prozent der Stimmen erhielt, gewann die Frage einer Suche nach möglichen Bündnispartnern erneut an Brisanz. Mit Blick auf die für 1998 angesetzten Parlamentswahlen nahmen die französischen Grünen Gespräche mit den Gruppierungen des linken Spektrums auf und entschieden sich sehr schnell für ein mögliches Wahlbündnis mit der Sozialistischen Partei. Die Basis konnte sich mit der Idee eines Koalitionsvertrages nicht so leicht anfreunden. Zu groß waren ihre Bedenken, in einer solchen Koalition, die von der zu Recht als wenig umweltfreundlich geltenden Linken beherrscht würde, ihre Identität als Umweltaktivisten zu verlieren. Im Frühjahr 1997 wurden die laufenden Verhandlungen in Reaktion auf die politischen Ereignisse noch zügiger vorangetrieben: Der französische Staatspräsident Jacques Chirac hatte entschieden, die Nationalversammlung aufzulösen, woraufhin die Parlamentswahlen vorgezogen wurden.

Fortan begann für die Grünen ein neues Kapitel in ihrer Geschichte, denn die Frage einer Zusammenarbeit mit der Sozialistischen Partei stellte sich nunmehr regelmäßig. Zwei Herausforderungen galt es zu bewältigen: die Festlegung eines möglichen Wahlbündnisses sowie eines gemeinsamen Regierungsprogramms. Ersteres ist im französischen Wahlsystem, das für Parlamentswahlen zwei Wahlgänge und das Mehrheitswahlrecht vorsieht, von

entscheidender Bedeutung. Um überhaupt Abgeordnetensitze zu erhalten, mussten die Grünen, da selbst politisch noch nicht fest etabliert, beim stärkeren politischen Partner (PS) erwirken, dass in einigen Wahlkreisen ausschließlich grüne Kandidaten antreten konnten – teilweise auch dort, wo Linkskandidaten reale Chancen auf einen Wahlsieg hätten. Parallel zu diesem Feilschen um Kandidaten wurden innerhalb des als »pluralistische Linke« bezeichneten Bündnisses, zu dem die Sozialistische Partei, die Kommunistische Partei und die Grünen gehörten, Kompromisse zu Programmen, Wertevorstellungen und Regierungsverpflichtungen ausgehandelt. Es waren also die Zwänge oder auch die große Flexibilität der französischen Wahlgesetze, welche die französischen Grünen nach und nach dazu brachten, systematisch mit den linken Partnern zu verhandeln, was sie aus ihrer isolierten Situation herausführte, in der sie sich bis 1993 befunden hatten.

Diese neue Strategie führte 1997 zum ersten Mal zu einem Wahlsieg der Koalition der »pluralistischen Linken«, das heißt im Rahmen eines Wahlabkommens zwischen PS, PC und den Grünen. Letztere erhielten zwar nur fünf Abgeordnetensitze in der Nationalversammlung, doch ihr Abkommen mit den Sozialisten gestand ihnen ein Ministeramt zu: Dominique Voynet, die Vorsitzende der französischen Grünen, wurde Umweltministerin und übte diese Funktion bis zu ihrer Ablösung durch Yves Cochet im Jahr 2001 aus. Die Grünen erlebten hierbei zum ersten Mal, was es bedeutet, Regierungsverantwortung zu übernehmen und Kompromisse mit den politischen Partnern innerhalb einer Koalitionsregierung eingehen zu müssen. Da sie sich innerhalb der Regierungskoalition eindeutig in der Minderheit befanden, war dies vor allem eine schmerzliche Erfahrung. Es gab mehrere, für die Umweltschützer bedeutsame Konfliktsituationen, in denen es ihnen nicht gelang, ihre Positionen durchzusetzen, darunter in der Debatte um die Kernenergie: Das mit der Sozialistischen Partei vor den Wahlen geschlossene Regierungsabkommen sah keine tiefgreifenden Veränderungen vor, vorgesehen war lediglich die Stilllegung des Kraftwerks von Creys-Malville, in dem der einzige Brutreaktor Frankreichs stand, dessen Betrieb die Grünen als äußerst riskant einstufen. In den Monaten nach

der Wahl wurde der Betrieb des Kraftwerks in der Tat endgültig eingestellt, doch dieses Zugeständnis blieb die einzige Abweichung vom französischen Atomenergieprogramm. Zudem sah sich Dominique Voynet gezwungen, die unterirdische Endlagerung von atomaren Abfällen zu akzeptieren. Anders als ihren deutschen und belgischen Kollegen gelang es den französischen Grünen nicht, eine signifikante Veränderung in der Energiepolitik der französischen Regierung durchzusetzen.

Ungeachtet dieses Misserfolgs erreichten die Grünen bei den Kommunalwahlen im Jahr 2001 erneut einen großen Wahlerfolg. Nicht nur in vielen mittelgroßen Städten, sondern auch in der politisch als rechts geltenden Hauptstadt erzielten ihre Listen ausgezeichnete Ergebnisse. Sie eroberten in Koalition mit der »pluralistischen Linken« das Pariser Rathaus und erhielten vom neuen sozialistischen Bürgermeister Bertrand Delanoë wichtige Ämter. Im Jahr 2002 allerdings verlor die »pluralistische Linke« die Präsidentschaftswahlen. Überraschend überrundete der Kandidat des Front national, Jean-Marie Le Pen, den sozialistischen Kandidaten Lionel Jospin, der damit vom zweiten Wahlgang<sup>3</sup> ausgeschlossen war, den Jacques Chirac daraufhin mühelos für sich entschied. Bei den nachfolgenden Parlamentswahlen war das Wahlabkommen zwischen PS und Grünen weniger ausgefeilt als im Jahr 1997, und die Grünen erhielten lediglich drei Abgeordnetensitze. Nach ihrer Rückkehr auf die Oppositionsbank bot die Partei der Öffentlichkeit häufig das Schauspiel interner Auseinandersetzungen, wobei eher persönliche als ideologische Differenzen zwischen den verschiedenen »Strömungen« eine Rolle zu spielen schienen. Bei den Regionalwahlen 2004 profitierten die Grünen, die häufig mit dem PS koalierten, von einem starken Aufwind für das linke Spektrum und waren in zahlreichen französischen Regionen in der linken Regierungsmehrheit vertreten. Ungeachtet dessen erreichte bei den Präsidentschaftswahlen von 2007 die Kandidatin der Grünen, Dominique Voynet, lediglich 1,6 Prozent der abgegebenen Stimmen – ein verheerendes Ergebnis.

## 2007: Ein Neuanfang für die politische Ökologie?

Der Präsidentschaftswahlkampf 2007 war stark von einer für französische Verhältnisse ungewöhnlich lebhaften Diskussion über Umweltthemen geprägt. Im Herbst 2006 hatte die Ausstrahlung des Films *An Inconvenient Truth* (Eine unbequeme Wahrheit) von Al Gore die Aufmerksamkeit zahlreicher Medien erregt und die Öffentlichkeit über eine bevorstehende Klimakatastrophe alarmiert. Zum gleichen Zeitpunkt legten die Mitglieder der in der Alliance pour la planète zusammengesetzten Umweltverbände die Grundlagen ihrer Umweltstrategie für die kommende Wahlkampagne fest. Nicht zuletzt ihre Initiative trug dazu bei, dass Kandidaten und Parteien verstärkt unter Berücksichtigung des Stellenwertes von Umweltthemen in ihren jeweiligen Programmen beurteilt wurden. Die Idee einer besseren Abstimmung der Positionen und der Entwicklung einer umfassenden Verhandlungsstrategie in Umweltfragen begann, sich durchzusetzen. Nicolas Hulot, ein sehr medienwirksamer Fernsehmoderator von Umweltsendungen, mobilisierte seinerseits seine Umweltstiftung und kündigte an, eventuell für die Präsidentschaftswahlen kandidieren zu wollen. Er nutzte die herrschende Unklarheit über seine mögliche Kandidatur im Folgenden geschickt aus, was sowohl im linken als auch im rechten Parteienspektrum Beunruhigung auslöste. Auf diese Weise brachte er die wichtigsten Präsidentschaftskandidaten dazu, öffentlich einen »Umweltpakt«, d. h. eine Zusammenstellung grundlegender Maßnahmen zugunsten der Umwelt, zu unterzeichnen. Obwohl Nicolas Hulot letztendlich von einer Kandidatur absah, trug seine Kampagne dazu bei, das Thema Ökologie ins Zentrum der Wahlkampagne zu rücken.

Kurz nach seiner Wahl zum Staatspräsidenten ging auch Nicolas Sarkozy auf eine Empfehlung der Umweltverbände ein und organisierte unverzüglich umfassende Verhandlungen zu Umweltfragen. Die Grenelle de l'environnement<sup>4</sup> nahm im Sommer 2007 ihre Arbeit auf. Dieses Forum vereinte 350 Teilnehmer, die in fünf »Kollegien« zusammentraten: Nichtregierungsorganisationen (NGO), die sich mit Umweltfragen beschäftigen, der Staat (Beamte), Arbeitnehmer (repräsentative



Gewerkschaftsdelegierte), Arbeitgeber (Arbeitgeberverbände) und Gebietskörperschaften (lokale Abgeordnete). In mehreren thematischen Arbeitsgruppen erarbeiteten diese öffentlichen Akteure gemeinsame Vorschläge für Aktionen im Umweltbereich, die in einer Reihe von Diskussionen am Runden Tisch am 24. und 25. Oktober 2007 schriftlich festgelegt wurden. Anwesend hierbei waren ein Teil der Arbeitsgruppenteilnehmer sowie Minister und hohe Beamte als Vertreter des Staates. Die Grenelle de l'environnement endete Ende 2009 bzw. Anfang 2010 mit der Annahme von zwei Gesetzen durch das Parlament, die darauf abzielen, die Strategie des Staates zu einer nachhaltigen Entwicklung entschlossener umzusetzen.

Die Tatsache, dass die Grenelle de l'environnement Umweltanliegen öffentlich diskutierte, hatte ihren Preis: Die Landschaft der traditionellen politischen Akteure in diesem Bereich wurde stark durcheinandergewirbelt. Im Zuge der Wahlkampagne 2007 hatten die Grünen ihr Monopol auf Umweltthemen an pragmatischer agierende, ausschließlich auf die Herausforderungen des Umweltschutzes konzentrierte Verbände verloren, die mitunter über eine bessere Expertise in Umweltfragen verfügten, und die grünen Wahlergebnisse waren wenig überzeugend: Die Präsidentschaftskandidatin der grünen Partei erhielt lediglich 1,6 Prozent der Stimmen, und bei den nachfolgenden Parlamentswahlen erreichten die Grünen lediglich einen Anteil von 3,3 Prozent. Zudem zeigten sie sich außerstande, über das persönliche Engagement einiger Mitglieder hinaus ihren Platz als politische Organisation im Grenelle-Prozess zu behaupten.

Noch erstaunlicher allerdings war die Tatsache, dass die Regierungsmehrheit, die sich unter der Führung von Präsident Sarkozy um die UMP herum etablierte,<sup>5</sup> ihrem Wortführer im Bereich Umweltpolitik bereitwillig folgte, obwohl die Rechte gegenüber derartigen Themen traditionell eher abwehrend eingestellt ist. Diese unerwartete Entwicklung brachte die Linkskräfte und insbesondere die Sozialistische Partei, die als bisheriger Partner der Grünen gegenüber Umweltthemen als aufgeschlossener galt, in eine schwierige Lage. Sie sah sich gezwungen, der Grenelle de l'environnement, zu deren Gelingen sie ebenso wie die Grünen nicht beitragen durfte,

ihre Bedeutung abzusprechen. Diese Neuordnung der politischen Landkarte in Bezug auf das Thema Ökologie zog zahlreiche Konsequenzen nach sich. Die französischen Grünen sahen sich geschwächt, da ihnen ihr bisher bestehender Alleinvertretungsanspruch auf den Umweltschutz genommen wurde. Mit Blick auf die anstehenden Europa-Wahlen und im Kampf gegen eine Isolierung änderten sie daher ihre Strategie und schlossen zu Beginn des Jahres 2009 ein programmatisches Wahlbündnis mit einer ganzen Reihe bekannter Persönlichkeiten (Daniel Cohn-Bendit, Eva Joly), Gewerkschaftsaktivisten und Vertretern der Zivilgesellschaft (José Bové, Jean-Paul Besset, Sandrine Bélier, Yannick Jadot) und verschiedener politischer Bewegungen (Hélène Flautre, Michèle Rivasi). Dieses neue Bündnis, das zum großen Teil dank des Organisations- und Verhandlungstalents Daniel Cohn-Bendits zustande kam, entschied sich für die Aufstellung von Kandidatenlisten zur Europa-Wahl in allen acht Wahlregionen<sup>6</sup> Frankreichs unter dem gemeinsamen Namen Europe Écologie.

Diese Initiative stellte in vielerlei Hinsicht eine politische Neuerung dar. Die Grünen zeigten sich zum ersten Mal bereit, eine über ihren engeren Kreis hinausgehende politische Formation zu schaffen, die sich unter dem Namen einer Sammelbewegung und nicht als »Grüne« bei den Wahlen präsentiert. Damit akzeptierten sie implizit die Aufstellung von Kandidaten aufgrund ihres Bekanntheitsgrads und ihres persönlichen Ansehens mit dem Ziel, ein besseres Wahlergebnis zu erreichen, selbst wenn diese nicht aus den Reihen der grünen Partei kamen. Dies stand dem bisherigen – wohl verdienten – Ruf der Grünen entgegen, eher »Köpfe rollen« als Parteikarrieren zuzulassen, um so einer Personalisierung der Macht entgegen zu wirken, die ihnen mit ihrer Ethik unvereinbar erschien. Seit ihrer Gründung hatten die Grünen an der Idee festgehalten, »eine andere Art von Politik zu machen« und vor allem jegliche Machtkonzentration in der Parteispitze zu verhindern. Zu ihren grundlegenden Werten gehörten die Ablehnung der Ämterhäufung, das Rotationsprinzip bei der Übernahme von Posten und das Prinzip kollektiver Entscheidungsfindung. Dies unterschied sie von den sogenannten traditionellen Parteien. Mit der im Jahr 2009 beschlossenen Stra-

ategie verabschiedeten sie sich von einem Teil ihrer ursprünglichen Prinzipien.

Auch das Zusammengehen mit Vertretern von Umweltverbänden wie Greenpeace oder Amis de la Terre stellte ein Novum dar. Damit bekundeten die Grünen, die sich mit der Parteigründung für den politischen Weg entschieden hatten, dass sie auch andere Aktionsformen als legitim betrachteten. Diese neue Strategie zahlte sich in Bezug auf Wahlen aus, barg jedoch auch Risiken, denn es handelte sich hierbei um ein Bündnis zwischen einer politisch agierenden Partei, d. h. einer politischen Gruppierung, deren Programm über Umweltanliegen hinausging, und Verbänden, die sich per definitionem auf die Umweltproblematik beschränkten. Es war schwer vorauszusagen, ob die Umweltverbände in Fragen der Sozialpolitik, der inneren Sicherheit, der Einwanderung oder der Außenpolitik mit den Positionen der Grünen übereinstimmen würden.

Trotz dieser Schwierigkeiten kam das Bündnis relativ problemlos zustande, die Verteilung der Listenplätze und die Erarbeitung des Programms führten zu keinen sichtbaren Konflikten. Natürlich waren die Europa-Wahlen eine ideale Gelegenheit, die neue Strategie umzusetzen, denn die gemeinsame Lösung ökologischer Fragen stellt bei diesen Wahlen ein zentrales Thema dar, während innenpolitische Themen im Gegensatz zu nationalen Wahlen hier verstärkt in den Hintergrund treten. Vielen französischen Bürgern war bewusst geworden, dass Umweltprobleme nicht an den Landesgrenzen Halt machen und dass die Europäische Union (EU) der geeignete Ort sei, sich dieser Problematik anzunehmen. Manchem mag auch klar geworden sein, dass im häufig widerstrebenden Frankreich umweltpolitische Maßnahmen oft nur durch den Druck der Brüsseler Institutionen in Form von europäischen Richtlinien durchgesetzt werden können. Unter diesen Umständen stellte bei den Europa-Wahlen die Stimmabgabe für Europe Écologie eine Option für all diejenigen dar, denen am Thema Umwelt gelegen war und die wussten, dass ihre Entscheidung keine Auswirkungen auf andere Politikbereiche haben würde.

Die am Abend des 7. Juni 2009 ausgezählten Ergebnisse bestätigten, dass die von den Grünen

verfolgte Strategie einer politischen Öffnung aufgegangen war. Die Grünen konnten 16,3 Prozent der Stimmen auf sich vereinen, lagen weit vor der von François Bayrou geführten Zentrumsparterie Modem (8,4 Prozent) und kamen sehr nah an das Ergebnis der Sozialistischen Partei (16,4 Prozent) heran. Für die Grünen (mit ihren Partnern von Europe Écologie) war dies ein Rekordergebnis, für die Sozialistische Partei dagegen ein Desaster: Als wichtigste Oppositionspartei hätte sie die Gegner der konservativen Regierungspolitik hinter sich versammeln müssen. Das Wahlergebnis der französischen Grünen war umso erstaunlicher, als damit die politische Ökologiebewegung Frankreichs zum ersten Mal in ihrer Geschichte noch vor den Ergebnissen anderer grüner Parteien Europas lag. Sie wurden nur von den belgischen (in Wallonien) und den luxemburgischen Grünen übertroffen. Die Tatsache, dass die französischen Grünen ihre deutschen Mitstreiter (12,1 Prozent) übertrafen, ließ deren Wahlerfolg zu einem ganz besonderen Sieg werden, denn mehr als einmal war ihnen der historische Siegeszug der deutschen Grünen als Hinweis auf den eigenen Rückstand vorgehalten worden.

Der Erfolg von Europe Écologie war im Wesentlichen drei Faktoren geschuldet:

- der Ausrichtung des Wahlkampfs: Im Gegensatz zu anderen politischen Gruppierungen, die den Europa-Wahlkampf nutzten, um ihre Ablehnung der Politik der jeweiligen nationalen Regierung zu bekunden, stellte Europe Écologie Europa in den Mittelpunkt. Die Wähler honorierten diese Positionierung.
- der Erweiterung des politischen Programms: Durch das Bündnis mit den Aktivisten der Umweltverbände verstärkten die Grünen ihr Image als Umweltschützer, während ihnen zuvor oft vorgeworfen worden war, sich mehr für soziale Belange als für Umweltprobleme zu interessieren. Hinzu kam, dass sich die Grünen lange Zeit an einem politischen Modell orientiert hatten, das auf die Verantwortung des Staates und der Bürger ausgerichtet war und nur sehr wenig Vertrauen in die Privatwirtschaft setzte. Sie konnten sich nur schwer mit dem Gedanken anfreunden, dass manche (oftmals große) Unternehmen die Herausforderungen einer nachhaltigen Entwick-

lung durchaus ernst nehmen. Ein Teil der aus den Verbänden kommenden Aktivisten unterhielt dagegen Kontakte zu großen Unternehmen. Diese Öffnung in Richtung der Industrie erweiterte das Wählerspektrum der Grünen, vor allem in Bezug auf Angestellte des Privatsektors.

- der Schwäche der Sozialistischen Partei: Interne Konflikte, persönliche Differenzen und die Tatsache, dass es an einer klaren Führung fehlte, ließen die Sozialisten in der französischen Öffentlichkeit in einem schlechten Licht erscheinen. Zugleich gibt es in Frankreich seit mehreren Jahren einen bestimmten Prozentsatz an Wechselwählern, die je nach Situation und Art der Wahlen in Abhängigkeit von den anstehenden politischen Herausforderungen mal für die Sozialistische Partei, mal für die Grünen stimmen. Die anstehenden Herausforderungen einer Lösung drängender Umweltprobleme auf europäischer Ebene und das schlechte Image der Sozialistischen Partei veranlassten diese Wechselwähler, ihre Wahlentscheidung zugunsten von Europe Écologie zu fällen.

Der Erfolg von Europe Écologie bildete die erste Etappe eines dreistufigen Prozesses. In der ersten Phase ging es darum, den Einfluss einer sich nunmehr für externe Partner und charismatische Persönlichkeiten öffnenden Umweltbewegung zu testen. Die Wahlergebnisse bestätigten den Erfolg dieses Unterfangens, wobei eingeräumt werden muss, dass die Umstände hierfür relativ günstig waren, insbesondere der Charakter von Europa-Wahlen und die Schwäche der Sozialistischen Partei. Die zweite Etappe wurde durch die Regionalwahlen am 14. und 21. März 2010 eingeleitet. Diese Wahlen stellten eine größere Herausforderung dar, da eine der Zahl der französischen Regionen entsprechende Zahl von Listen aufgestellt und die Listenplätze auf die verschiedenen Partner von Europe Écologie ausgewogen verteilt werden mussten. Die Spitzenplätze waren dabei mit ausreichend Persönlichkeiten zu besetzen, die über einen gewissen Bekanntheitsgrad verfügen. Dennoch hat Europe Écologie auch bei diesen Wahlen ein achtbares Ergebnis von 12,5 Prozent im Landesdurchschnitt erzielt, lag dieses Mal jedoch deutlich hinter der Sozialistischen Partei (29,5 Prozent). Dies zeigt, dass sich die Wähler, wenn es um konkrete Pro-

bleme von größerer lokaler Bedeutung geht, wieder eher dem PS zuwenden, dessen Fähigkeiten bei der Amtsführung auf der Ebene der Gebietskörperschaften anerkannt sind.

## Bewährungsprobe 2012

Die dritte und letzte Etappe des politischen Projekts der Grünen und ihrer Verbündeten steht anlässlich der Wahl eines neuen französischen Staatspräsidenten und der sich anschließenden Parlamentswahlen im Jahr 2012 bevor. Bei beiden Wahlen werden die kleineren politischen Gruppierungen auf Grund des Mehrheitswahlrechts im Nachteil sein. Bei den Präsidentschaftswahlen haben die Grünen nur geringe Aussichten auf politischen Erfolg. Sie werden bestenfalls einen symbolischen Kandidaten ins Rennen schicken, der im Wettstreit mit den dominierenden Parteien und Kandidaten, für die diese Wahlen die Königsdisziplin darstellen, höchstens einige wenige Prozentpunkte der Stimmen erhalten wird. Für die nachfolgenden Parlamentswahlen wird erneut ein Bündnis mit der Sozialistischen Partei unumgänglich sein.

Dabei sind zwei Schwierigkeiten abzusehen: Erstens wird es, wie bei derartigen Verhandlungen üblich, zur Konkurrenz zwischen den verbündeten politischen Organisationen bei der Auswahl der Kandidaten kommen. Wie viele Wahlkreise mit realer Gewinnaussicht wird der PS den Grünen und ihren Verbündeten überlassen? Wie werden innerhalb von Europe Écologie die Plätze zwischen den Grünen und den Umweltverbänden aufgeteilt?

Eine zweite Hürde werden die notwendigen programmatischen Absprachen zwischen den Sozialisten und Europe Écologie darstellen. Zweifelloso wird es im sozialen Bereich oder in Bezug auf die Einwanderungspolitik zahlreiche Übereinstimmungen geben. Auch im Umweltbereich gibt es Gemeinsamkeiten. Wie aber soll bei einem so entscheidenden Thema wie der Zukunft der Kernenergie zu einer gemeinsamen Position gefunden werden? Die gegenwärtige Regierungsmehrheit hat ein neues Programm zum Bau von Kernreaktoren beschlossen, gegen das die Grünen ihren Widerstand erklärt haben. Die Sozialistische Partei

selbst bezieht zu diesem Punkt keine klare Haltung und alles deutet darauf hin, dass parteiintern die Meinungen von Befürwortern und Gegnern der Kernenergie stark auseinander gehen. Infolgedessen hängt die Zukunft der politischen Ökologie in Frankreich auch zu großen Teilen von den Partnern der Grünen ab und von ihrer noch weitgehend

unsicheren Positionierung gegenüber sensiblen Themen wie diesem.

Daniel Boy ist Forschungsdirektor am Centre de recherches politiques de Sciences Po (CEVIPOF), Paris;  
Übersetzung: ECHOO Konferenzdolmetschen.

## Anmerkungen

- 1 Es handelt sich um das Regierungsbündnis zwischen der Kommunistischen Partei, der Sozialistischen Partei und der Radikalen Linkspartei Frankreichs.
- 2 Brice Lalonde war in der von Michel Rocard geführten sozialistischen Regierung Umweltminister.
- 3 In Frankreich stehen sich im zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen die beiden Kandidaten gegenüber, die im ersten Wahlgang die meisten Stimmen auf sich vereinigt haben.
- 4 Grenelle ist in Frankreich ein symbolhaft aufgeladener Begriff. Er erinnert an die Abkommen von Grenelle, zu deren Unterzeichnung im Jahr 1968 die Sozialpartner, Gewerkschaften, Unternehmerverbände und die Regierung zusammengekommen waren, um einen Ausweg aus der Krise vom Mai 1968 zu finden. Zum Grenelle de l'environnement vgl. [www.legrenelle-environnement.fr](http://www.legrenelle-environnement.fr).
- 5 Die UMP vereinigt die wichtigsten politischen Kräfte des rechten Spektrums mit Ausnahme der Anhänger der Zentrumsparterie von François Bayrou.
- 6 Frankreich wird zu den Europa-Wahlen in acht große Wahlregionen gegliedert.